



Lagebericht zum Jahresabschluss 2009

Inhalt

1. Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen
2. Überblick und Analyse der Haushaltswirtschaft
 - 2.1 Ergebnishaushalt/Ergebnisrechnung
 - 2.2 Finanzhaushalt/Finanzrechnung
3. Überblick und Analyse der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Aufwandslage
 - 3.1 Kennzahlen zur Bilanz
 - 3.2 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage
- A. Abschluss Ergebnishaushalt 2009
- B. Abschluss Finanzhaushalt 2009
- C. Abschließende Betrachtung

1. Vorbemerkung und rechtliche Grundlagen

Nach den Vorschriften der schleswig-holsteinischen Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden ist der Jahresabschluss gemäß § 44 Abs. 2 GemHVO-Doppik (SH) durch einen Lagebericht nach § 52 GemHVO-Doppik (SH) zu ergänzen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse aus der Aufstellung der Bilanz geben und so gefasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Bilanz und der Vermögens und Schuldenlage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die wesentlichen Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Einführung des doppischen Haushalts zum 01.01.2009

Die Stadt Ahrensburg stellte zum Haushaltsjahr 2009 auf die neue Buchführungssystematik Doppik („Doppelte Buchführung in Konten“) um. Demnach war zum 01.01.2009 erstmalig eine Eröffnungsbilanz und zum 31.12.09 ein doppischer Jahresabschluss zu erstellen.

Dieser Jahresabschluss bildet einen wesentlichen Bestandteil des neuen Rechnungswesens für die Stadt. Erstmalig wurden die Rechenergebnisse nach doppische Grundsätzen ermittelt und dokumentiert.

Bei allgemein positiver perspektivischer Betrachtung bleibt die Lage der Stadt Ahrensburg insgesamt weiterhin angespannt. Von den Aus- bzw. Nachwirkungen der weltweiten Finanz- und Realwirtschaftskrise und (Staats-) bzw. Schuldenkrise in Europa ist die Stadt Ahrensburg weitgehend verschont geblieben. Nachteilig würde sich hingegen die beabsichtigte Reform des Finanzausgleichs auswirken, die nach derzeitiger vorläufiger Planung zu einer Mehrbelastung von rd. 1,1 Mio. €.

2. Überblick und Analyse der Haushaltswirtschaft

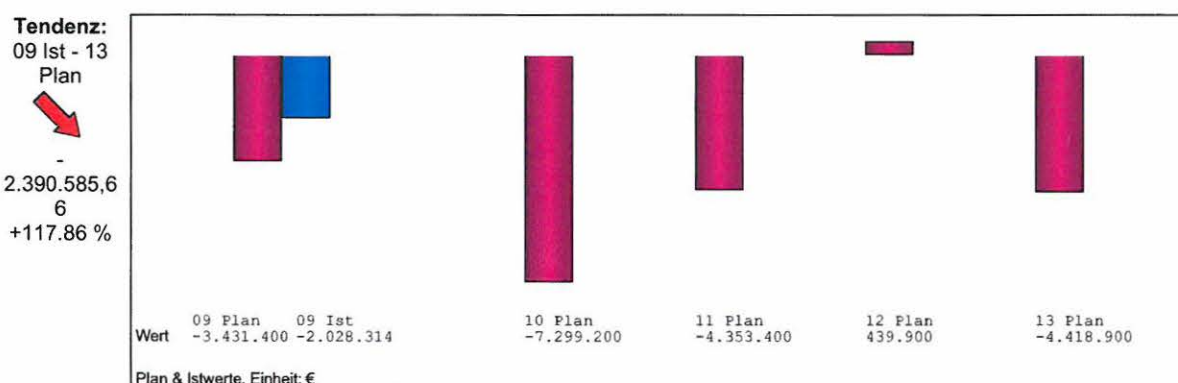
Die Analyse der Haushaltswirtschaft, also des Geschäftsverlaufs des abgelaufenen Haushaltsjahres, erfolgt durch einen Soll-Ist-Vergleich. Dabei wurden die Plandaten des Haushaltsjahres 2009 mit den Ergebnissen des Jahresabschlusses zum 31.12.2009 verglichen. Zu Verbesserung der Aussagefähigkeit wurden zudem die Plandaten der Folgejahre mit berücksichtigt.

2.1 Ergebnishaushalt

Die Entwicklung des Ergebnishaushaltes wird durch die Entwicklung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit, dem Finanzergebnis und dem Gesamtergebnis im Folgenden beschrieben. Im Anschluss erfolgt eine Betrachtung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen.

Jahresergebnis ohne innere Verrechnungen (Gesamthaushalt)

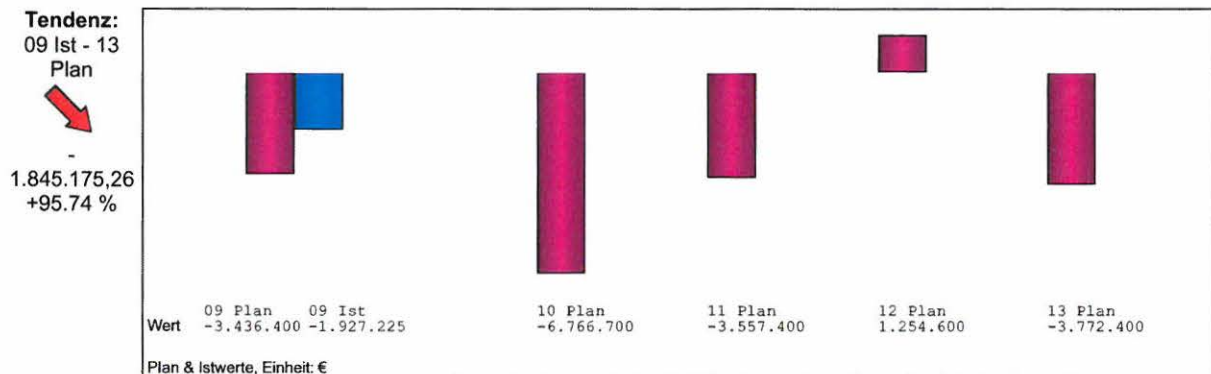
Das Jahresergebnis umfasst mit dem Ertrag und dem Aufwand das Ressourcenaufkommen und den Ressourcenverbrauch. Für den Haushaltsausgleich ist nach den Landesvorgaben eine ausgeglichene Ergebnisrechnung ausschlaggebend. Ein positives Jahresergebnis erhöht das Eigenkapital, ein negatives Jahresergebnis belastet das Eigenkapital. Langfristig ist ein ausgeglichenes Ergebnis notwendig, um u. a. eine Generationengerechtigkeit sicherzustellen. Dargestellt wird nachfolgend das Jahresergebnis, das sich aus ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis zusammensetzt.



Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit ohne innere Verrechnungen (Gesamthaushalt)

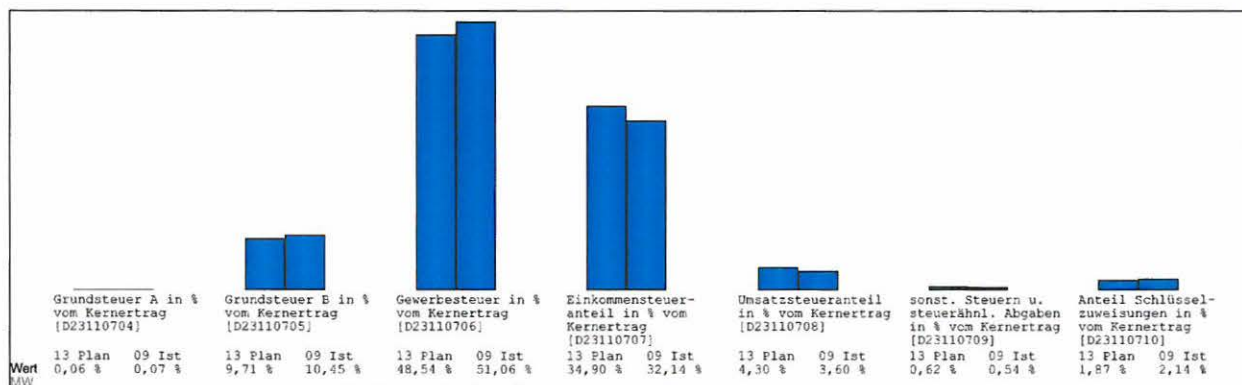
Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zeigt an, ob der laufende Betrieb durch die laufenden Erträge gedeckt werden können oder aber bereits aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb heraus neue Schulden entstehen. Langfristig gesehen ist ein positives Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zwingend notwendig, um eine Überschuldung zu verhindern.

Um das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit nachhaltig zu sichern, ist der laufende Prozess der Überprüfung des Aufgabenumfangs und der Ressourceneinsatzs sowie die Möglichkeiten einer Ertragsverbesserung fortzusetzen.



Zusammensetzung der Kernfinanzierungsmasse

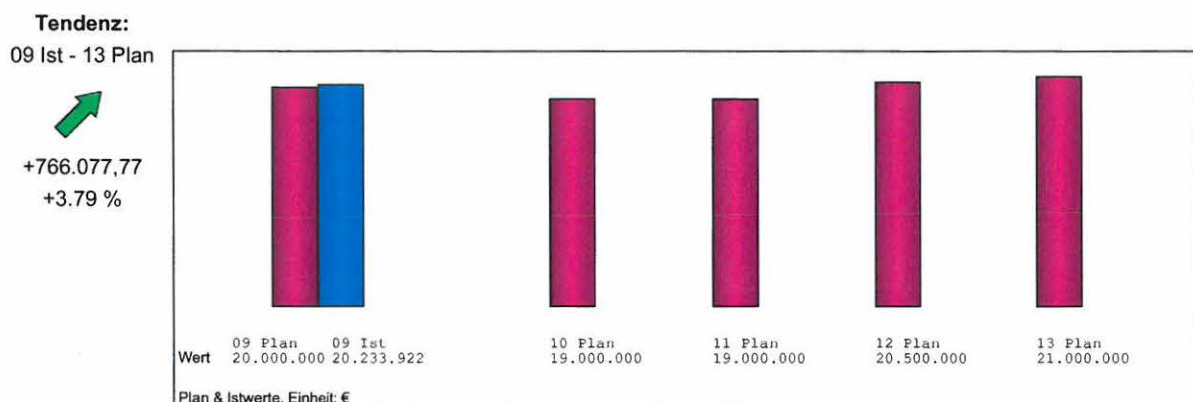
In der nachfolgenden Grafik wird der prozentuale Anteil der einzelnen Steuerarten bzw. der Schlüsselzuweisungen an der Kernfinanzierungsmasse des Haushaltes abgebildet. Die Kernfinanzierungsmasse ist die Summe aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Schlüsselzuweisungen. Hierdurch wird erkennbar, welche Bedeutung die einzelnen Ertragsarten haben. Grundsätzlich sollte der Ertrag aus Real- und Gemeinschaftssteuern hoch und der aus Schlüsselzuweisungen niedrig sein, weil ansonsten eine hohe Abhängigkeit von Mitteln aus dem Finanzausgleich besteht.



Der Anteil der Schlüsselzuweisungen in % vom Kernertrag ist mit rd. 2 % gering.

Gewerbesteuer

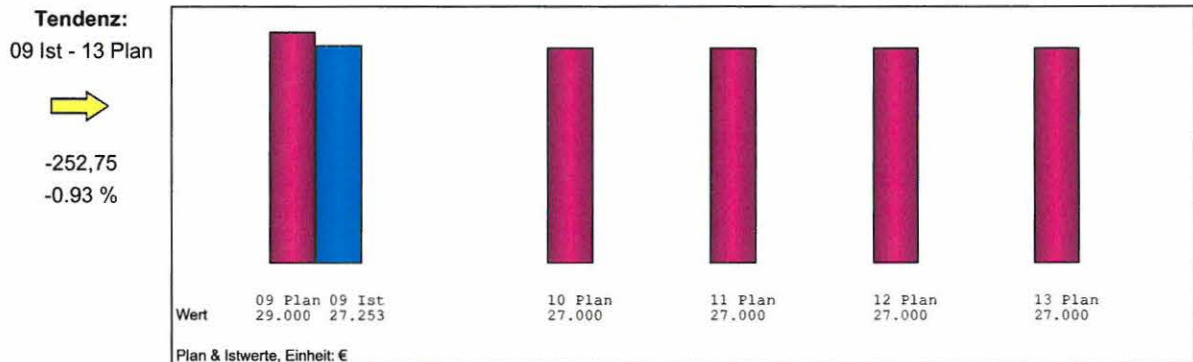
Nachfolgend werden die Entwicklung der Realsteuern sowie die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen betrachtet. Die Gewerbesteuer ist nach wie vor wichtiger Baustein der Gemeindefinanzierung. Je nach gesamtwirtschaftlicher Entwicklung unterliegt sie jedoch starken Schwankungen und ist deshalb nur schwer planbar.



Die Istwerte zeigen, dass im Vergleich zu dem Planansatz eine Verbesserung erzielt worden ist.

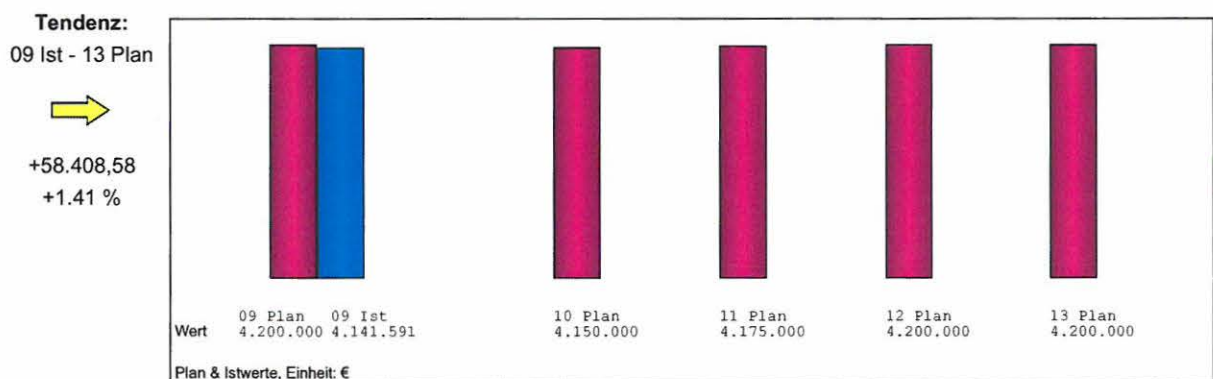
Grundsteuer A

Die Grundsteuer A weist das geringste Aufkommen bei den Realsteuern aus.



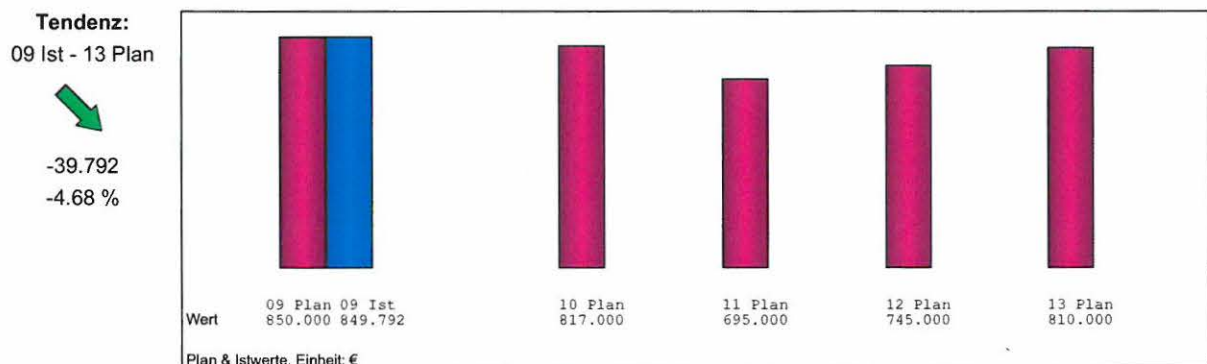
Grundsteuer B

Die Grundsteuer B erweist sich als stabiler Ertragsfaktor, die anders als die Gewerbesteuer keinen starken Schwankungen unterliegt.



Schlüsselzuweisungen

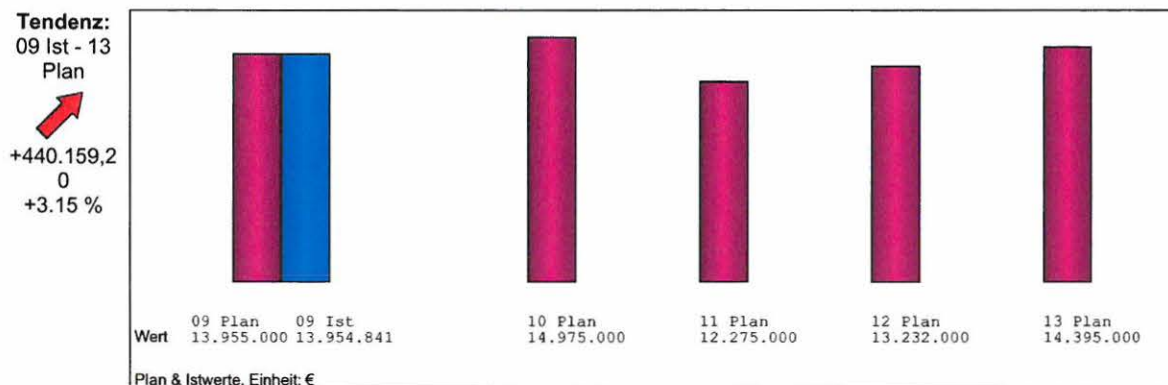
Die Schlüsselzuweisungen werden in Abhängigkeit von der Finanzkraft der Kommune im Wege des Finanzausgleichs gewährt. Die Entwicklung zeigt die folgende Darstellung.



Die beabsichtigte Reform des Finanzausgleichs würde zu einer erheblichen Verschlechterung von rd. 1,1 Mio. € führen und stellt ein nicht unerhebliches Risiko für die Ertragslage der Stadt dar.

Kreisumlage/Allgemeine Umlagen an Gemeindeverbände

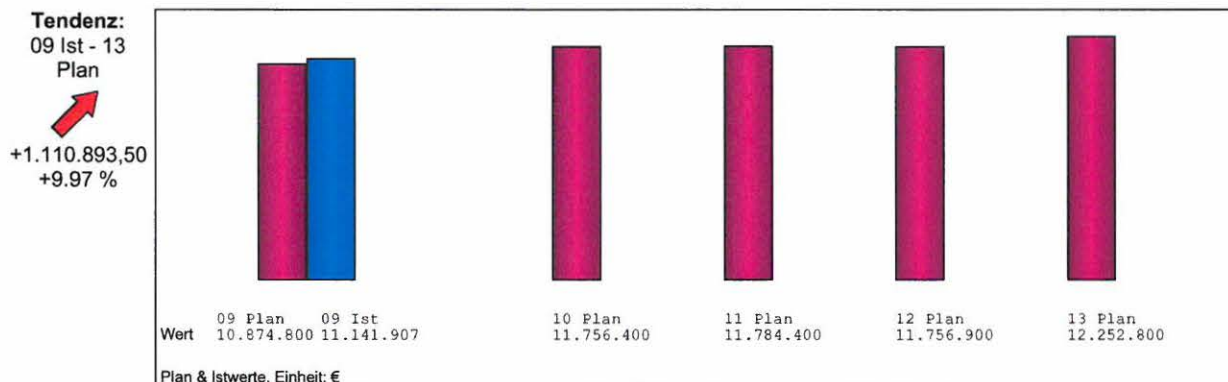
Die Kreisumlage bei Kreisen stellt zumeist die größte Aufwandsposition dar und ist insofern von zentraler Bedeutung.



(Hinweis: die Darstellung der Kreisumlage beinhaltet einen Anteil der FAG-Umlage)

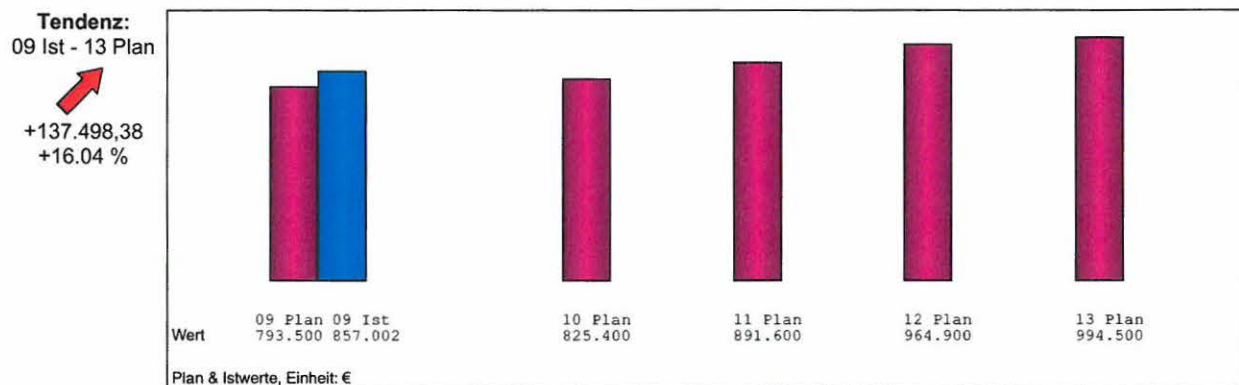
Personalaufwendungen (Gesamthaushalt)

Die Personalaufwendungen stellen den Kostenschwerpunkt in der öffentlichen Verwaltung dar. Die Veränderung wird im Wesentlichen durch tarifliche Veränderungen und Personal für zusätzliche KiTa-Einrichtungen (auch Gruppen und Stundenerweiterungen im Bestand) beeinflusst.



(Hinweis: ohne Versorgungsaufwendungen Beamte)

Versorgungsaufwendungen (Gesamthaushalt)



Die Versorgungsaufwendungen steigen im Zeitverlauf und sind mittelfristig nicht zu beeinflussen.

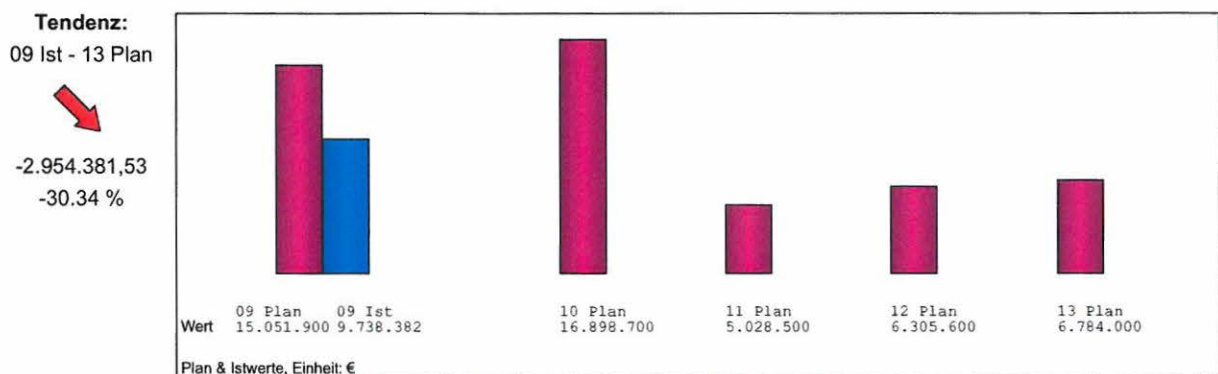
2.2 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung umfasst alle Einzahlungen und Auszahlungen einer Periode. In der Privatwirtschaft sichert die Finanzrechnung die Liquidität (Zahlungsfähigkeit) der Unternehmung. Für die öffentliche Rechnungslegung war die Notwendigkeit einer Finanzrechnung lange umstritten. Ihren Wert hat sie allerdings in Form des Finanzhaushalts, der neben den geplanten Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und aus Investitionstätigkeit auch die Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen enthält und damit eine wichtige Rolle bei den Haushaltsplanberatungen spielt.

Die Finanzrechnung zeigt die Veränderung u.a. der liquiden Mittel sowie die Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Nachfolgend wird die Entwicklung der Investitionen betrachtet.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

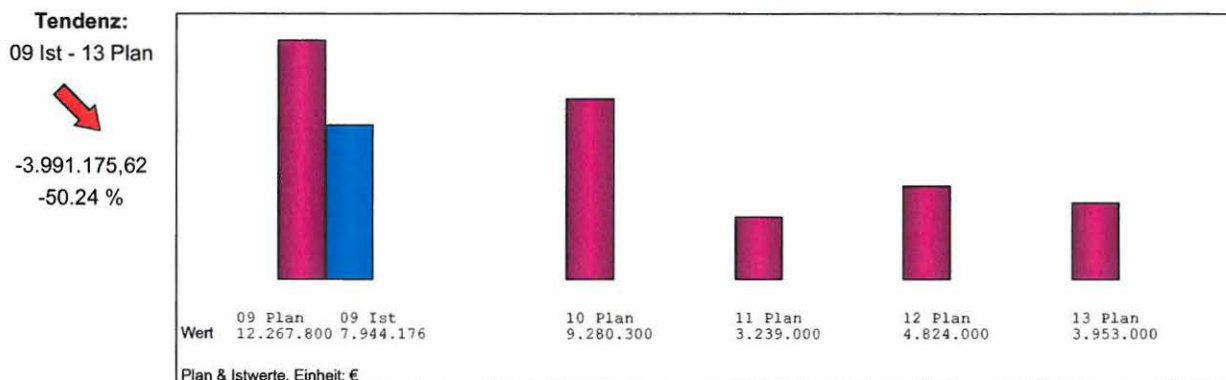
Dargestellt wird die Summe der kommunalen Investitionsauszahlungen im Zeitverlauf



Die Abweichung vom Planwert resultiert im Wesentlichen aus der fehlenden Realisierung von Baumaßnahmen.

Bauinvestitionen (Auszahlungen für Baumaßnahmen)

Dargestellt wird die Summe der Bauinvestitionen, soweit sie im Haushalt abgebildet sind. Nicht enthalten sind Bauinvestitionen in ausgliederten Bereichen.



3. Überblick und Analyse der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Aufwandslage

Die wirtschaftliche Situation wird mittels Bilanzanalyse sowie Analyse der Ertrags- und Finanzlage unter Aufbereitung des Datenmaterials betriebswirtschaftlich betrachtet. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Darstellung der Lage in Form von Kennzahlen.

Die meisten Bundesländer folgen grundsätzlich der Empfehlung der Innenministerkonferenz zur Einbindung von produktorientierten Zielen und Kennzahlen in den kommunalen doppelhaushalt. Schleswig-Holstein beschränkt sich in seiner Festlegung lediglich auf eine Sollvorschrift zur Zielbildung. Kennzahlen werden nicht eingefordert, aber empfohlen.

Kennzahlen sollen komplexe Sachverhalte in schnell erfassbare Informationen verdichten. Es ist zu beachten, dass im Verdichtungsprozess des Sachverhalts zu einer Kennzahl auch wesentliche Elemente verloren gehen können, die für die sachgerechte Beurteilung relevant sind. Kennzahlen sind somit nie alleine zu betrachten, sondern immer im Kontext ihrer Entstehung. Ferner ist anzumerken, dass nicht alle Kennzahlen einen interkommunalen Vergleich ermöglichen, da sie der Privatwirtschaft entnommen wurden und sich somit teilweise auf vollständig veräußerbares Vermögen beziehen. Kommunen sind jedoch durch verschiedene Gesetze zur Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben verpflichtet und können folglich nicht völlig frei über ihr Vermögen verfügen. Für einige Positionen des städtischen Vermögens (z. B. Straßen, Wege und Plätze) fehlt es gänzlich an einem Markt, an dem dieses Vermögen verkauft werden könnte.

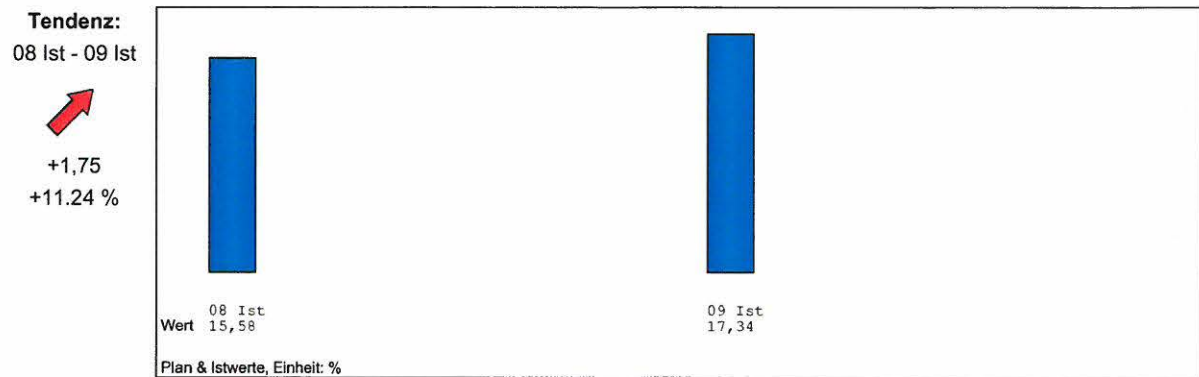
Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen im Zeitverlauf

Es erfolgt ein Vergleich des Jahresabschlusses 2009 mit den Ansätzen der Haushaltsplanung 2009 bzw. den Werten aus der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.09 (systembedingt werden dieser Eröffnungsbilanzwerte als Ist-Wert 2008 aufgeführt).

3.1 Kennzahlen zur Bilanz

Die Bilanz gibt die Vermögenssituation einer Kommune zum Stichtag wieder. Sie beruht auf einer tatsächlichen Bestandsaufnahme (Inventur) der Vermögenswerte und Schulden. Die Inventurergebnisse werden in einem ausführlichen Bestandsverzeichnis (Inventar) sortiert, bewertet und einzeln nach Art, Menge und Wert dargestellt, und zwar in der so genannten Staffelform. Eine Bilanz ist die übersichtliche Zusammenfassung der Aktiva, der Passiva und des Ergebnisses. Nachfolgend werden Bilanzkennzahlen abgebildet.

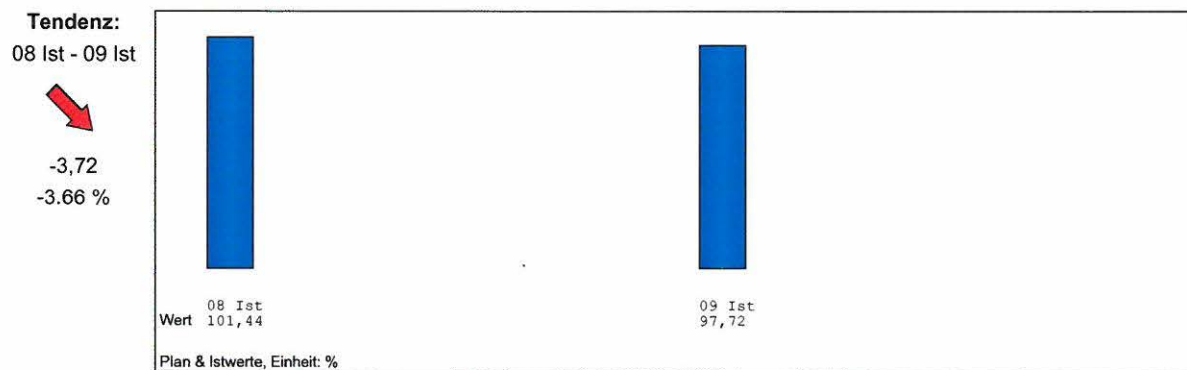
Verschuldungsgrad (Verbindlichkeiten in % zum Eigenkapital)



Der Anteil der Verbindlichkeiten in % zum Eigenkapital ist gering gestiegen.

Anlagendeckungsgrad 2

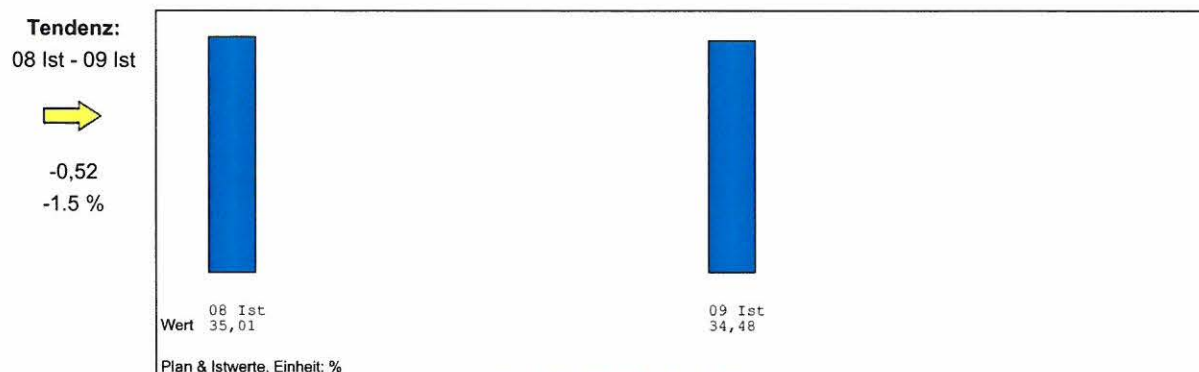
Der Anlagendeckungsgrad 2 soll möglichst hoch sein. Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad II“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.



Der Anlagendeckungsgrad ist geringfügig gesunken.

Infrastrukturquote

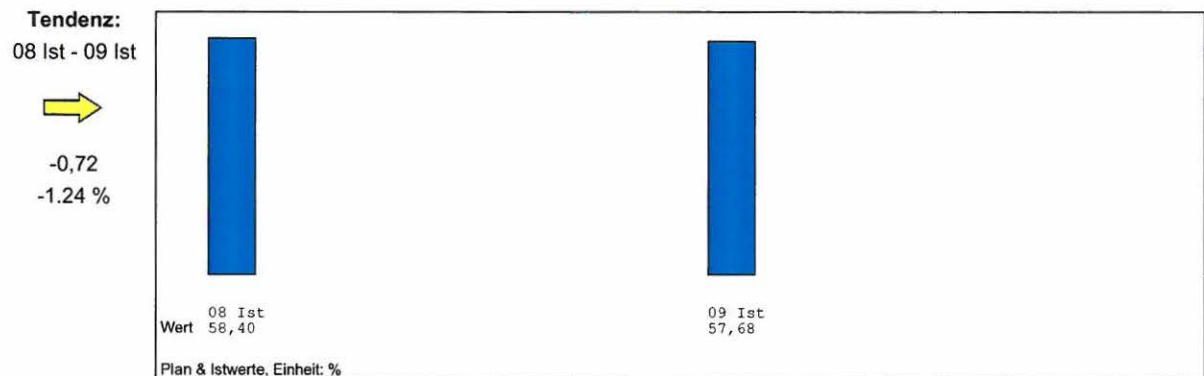
Die Infrastrukturquote soll möglichst hoch sein. Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.



Die Infrastrukturquote ist geringfügig gesunken.

Eigenkapitalquote 1

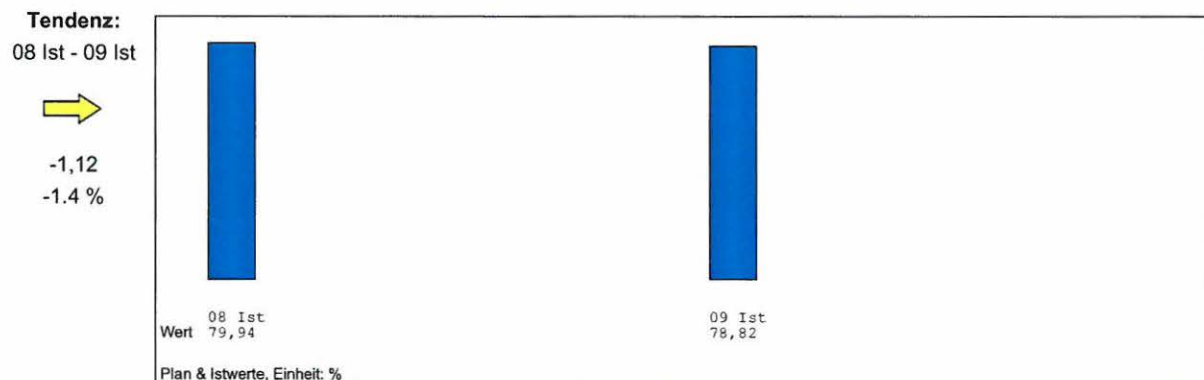
Die Eigenkapitalquote 1 soll möglichst hoch sein. Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz und sagt aus, wie hoch der Anteil des Vermögens ist, der aus eigenen Mitteln finanziert wurde. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.



Mit fast 60 % ist die Eigenkapitalquote 1 hoch und hat sich zum Eröffnungsbilanzstichtag kaum verändert.

Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 soll möglichst hoch sein. Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.



Mit fast 80% ist die Eigenkapitalquote 2 hoch und hat sich zum Eröffnungsbilanzstichtag kaum verändert.

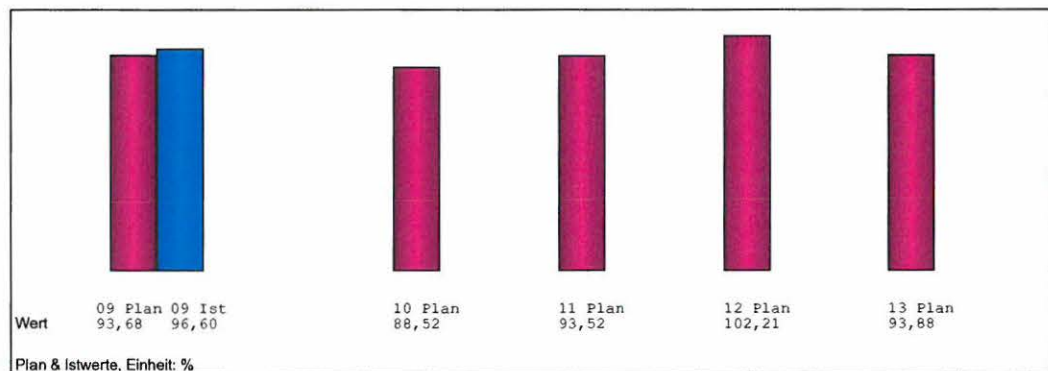
3.2 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage

Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad soll möglichst hoch sein. Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Tendenz:
09 Ist - 13 Plan

↓
-2,72
-2.82 %



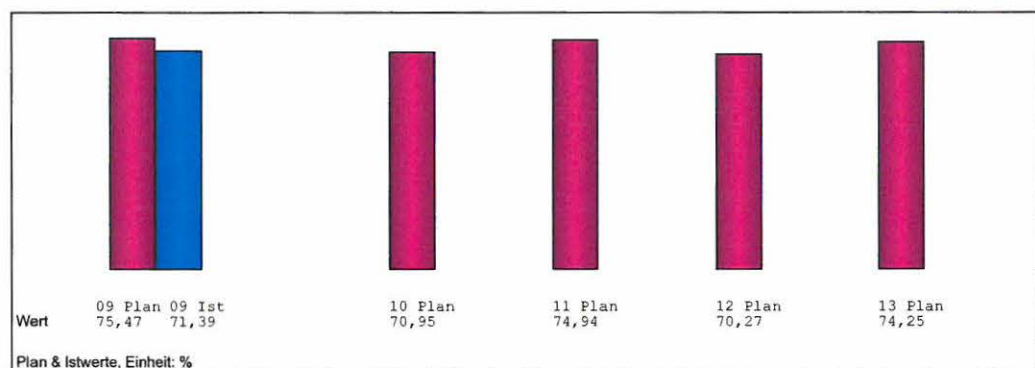
Es ist zu ersehen, dass die ordentlichen Aufwendungen zu einem hohen Anteil durch ordentliche Erträge gedeckt werden. Eine Lücke ist mit Ausnahme des Planansatzes 2012 zu beobachten.

Netto-Steuerquote

Die Netto-Steuerquote soll möglichst hoch sein. Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Stadt „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Tendenz:
09 Ist - 13 Plan

↑
+2,87
+4.01 %



Mit einer Netto-Steuerquote von über 70 % ist der Anteil der Finanzierung durch diese Mittel hoch.

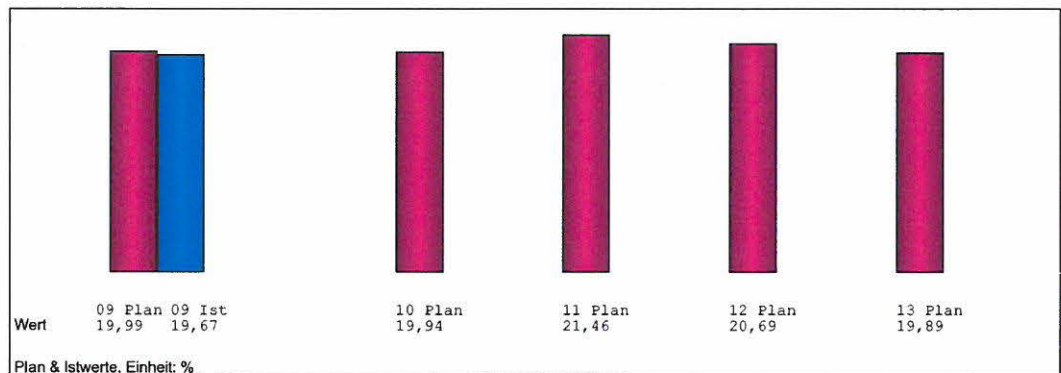
Personalintensität I (Anteil Personalaufwendungen 2 vom ordentlichen Aufwand)

Die Personalintensität soll möglichst niedrig sein. Die Kennzahl zeigt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Personalaufwendungen (ohne Versorgungskassenbeiträge Beamte) von den ordentlichen Aufwendungen ist.

Tendenz:
09 Ist - 13 Plan



+0,22
+1.12 %



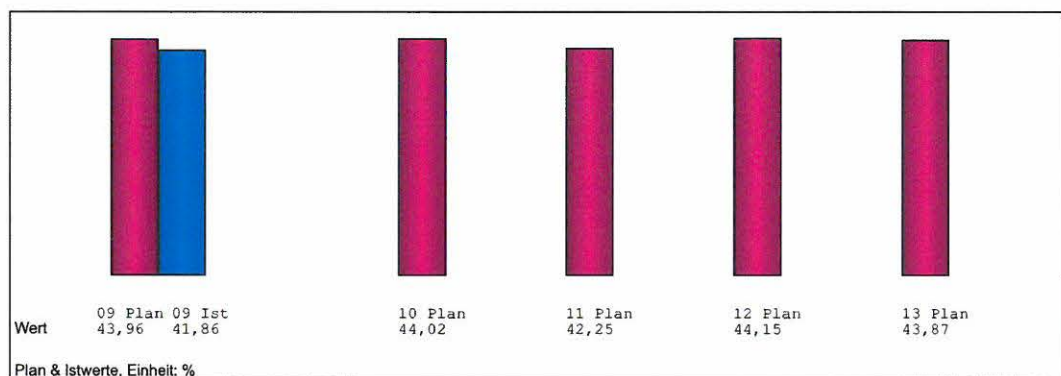
Transferaufwandsquote

Die Transferaufwandsquote soll möglichst niedrig sein. Die Kennzahl „Transferaufwandsquote“ stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

Tendenz:
09 Ist - 13 Plan



+2,01
+4.8 %



Der Ist-Wert ist geringfügig geringer als der Plan-Wert.

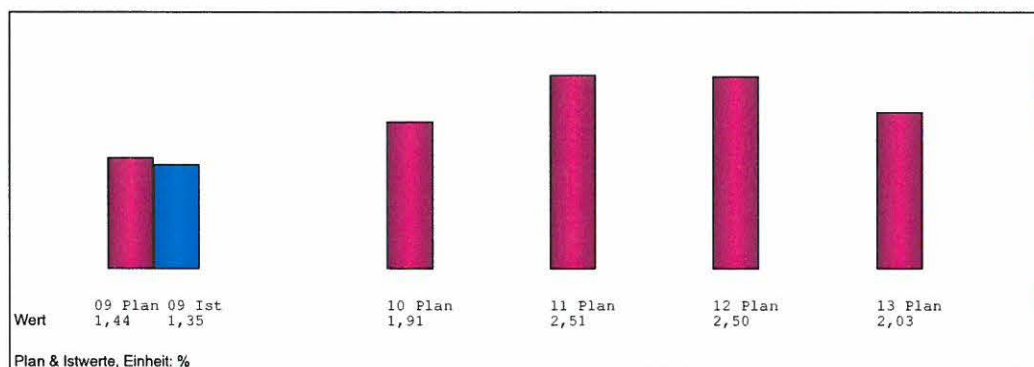
Zinslastquote

Die Zinslastquote soll möglichst niedrig sein. Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Tendenz:
09 Ist - 13 Plan



+0,68
+50.55 %



Die Zinslastquote liegt nach den Plänen der Jahre bis 2013 zwischen 1,3 und 2,5 % und somit auf einem niedrigen Niveau.

A. Abschluss Ergebnishaushalt 2009

Allgemeines

Im ersten doppelten Haushalt 2009 wurde im Ergebnishaushalt noch ein positives Jahresergebnis von 2.407.000 € angenommen. Im September 2009 ist mit dem Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung dann eine Anpassung an die sich verschlechternde Ertragslage vorgenommen worden. Das Jahresergebnis gem. Plan konnte nur noch mit einem negativen Betrag von rd. 3,5 € dargestellt werden – was insgesamt eine Verschlechterung von 5,8 Mio. € bedeutete. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf angenommene Rückgänge bei der Gewerbesteuer (Plan - 2,0 Mio.) und bei der Einkommensteuer (Plan - 1,7 Mio. €).

Die wesentlichen Abweichungen zwischen Planung und Ergebnis:

Tabelle 1)

Kto. Nr.	Lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Planansatz 2009	Ergebnis 2009	Vergleich
1	2	3	4	5	6
Erträge					
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	39.294.000	40.104.887	810.887
		<i>Grundsteuer B</i>	4.200.000	4.141.591	-58.409
		<i>Gewerbesteuer</i>	20.000.000	20.233.922	233.922
		<i>Einkommensteuer</i>	12.100.000	12.737.682	637.682
		<i>Umsatzsteuer</i>	1.460.000	1.426.360	-33.640
		<i>Vergnügungssteuer</i>	80.000	107.391	27.391
41	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.128.900	2.496.869	367.969
42	3	Sonstige Transiterträge	36.000	42.710	6.710
43	4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.555.000	2.670.502	115.502
441	5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	920.600	1.005.393	84.793
448	6	Kostenerstattungen und Umlagen	1.765.600	1.721.940	-43.660
45	7	Sonstige ordentliche Erträge	4.247.500	6.664.193	2.416.693
		<i>Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken</i>	1.300.000	521.556	-778.444
		<i>Verzinsung von Steuernachforderungen</i>	425.000	970.368	545.368
		<i>Erträge aus Zuschreibungen</i>	0	2.184.330	2.184.330
		<i>Erträge aus der Auslösung/Herabsetzung der Pensionsrückst.</i>	216.000	683.737	467.737
471	8	Aktivierete Eigentleistungen	15.000	21.947	6.947
472	9	Bestandsverstärkungen	0	0	0
	10	ordentliche Erträge	50.962.600	54.728.445	3.765.845
Aufwand					
50	11	Personalaufwendungen	11.669.300	11.998.908	329.608
51	12	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
52	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.337.860	9.973.913	-363.947
57	14	bilanzielle Abschreibungen	4.244.200	7.506.672	3.262.472
53	15	Transferaufwendungen	23.941.036	23.718.031	-223.005
		<i>Zuweisungen für lfd. Zwecke an verb. Unternehmen</i>	1.957.500	1.765.488	-192.012
		<i>Gewerbesteuerumlage</i>	3.400.000	3.616.388	216.388
54	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.313.662	3.458.144	-855.518
		<i>Spezielle Geschäftsaufwendungen f. Bauleitplanung, Sachvers</i>	927.953	710.686	-217.267
		<i>Wertänderung bei Sachanlagen</i>	250.000	0	-250.000
		<i>Wertveränderung bei Umlaufvermögen aus Niederschlagung</i>	0	473.462	473.462
		<i>Aufwendungen aus Einzelwertbericht. aus Ford. Gwerbesteuer</i>	0	384.164	384.164
		<i>Aufwendungen aus Einzelwertbericht. aus Ford. Sonst. Erträge</i>	0	101.885	101.885
		<i>Aufwendungen aus Zuführung zur Verfahrensrückstellung</i>	82.000	0	-82.000
		<i>Aufwendungen aus der Zuführung zur FAG-Rückstellung</i>	0	106.044	106.044
		<i>Auslösung von ARAP aus Investitionszuschüssen</i>	300.000	0	-300.000
	17	Ordentliche Aufwendungen	54.506.059	56.655.669	2.149.610
	18	Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.543.459	-1.927.224	1.616.235
	19	Finanzerträge	790.000	755.460	-34.540
	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	785.000	764.111	-20.889
	21	Finanzergebnis	5.000	-8.651	-13.651
	22	ordentliches Ergebnis	-3.538.459	-1.935.875	1.602.584
	23	außerordentliche Erträge	0	1.856	1.856
	24	außerordentliche Aufwendungen	0	94.295	94.295
	25	Außerordentliches Ergebnis	0	-92.439	-92.439
	26	Jahresergebnis	-3.538.459	-2.028.314	1.510.145

Die in der Spalte 4) „Planansatz“ vorgetragenen Beträge berücksichtigen den Nachtragshaushalt. Die nicht mehr (2008: kameral) gebildeten Reste sind in den Ursprungsansätzen 2009 enthalten. Die bei den Ertrags- und Aufwandsarten genannten einzelnen Erträge bzw. Aufwendungen (*kursiv*) sind hier nicht vollständig aufgeführt. Lediglich die größeren Beträge wurden benannt.

Das Jahresergebnis 2009 ist zwar mit – rd. 2,0 Mio.€ im negativen Bereich aber dennoch gegenüber dem Planergebnis um 1,510 Mio.€ besser ausgefallen. Insgesamt konnten Mehrerträge von 3,765 Mio.€ aber auch Mehraufwendungen von 2,149 Mio.€ festgestellt werden.

Erträge und Aufwendungen:

Zu lfd. Nr. 1. Steuern und ähnliche Abgaben

Der festzustellende Mehrertrag ist insbesondere zurückzuführen auf Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (+ 234.000 €) und bei der Einkommensteuer (+ 637.000 €).

Diese beiden Ertragsarten entwickeln sich in den anschließenden Jahren wie folgt:

Tabelle 2)

Jahre	Gewerbesteuer			Einkommensteuer		
	Plan	Ergebnis	Abweichung	Plan	Ergebnis	Abweichung
1	2	3	4	5	6	7
2009	20.000.000	20.243.898	243.898	12.100.000	12.737.682	637.682
2010	19.000.000	19.512.557	512.557	11.950.000	12.552.728	602.728
2011	19.000.000	23.332.553	4.332.553	12.770.000	14.383.775	1.613.775
2012	20.500.000	23.342.241	2.842.241	13.910.000	14.844.356	934.356
2013	21.000.000	23.038.000	2.038.000	15.100.000	15.316.414	216.414
2014	22.000.000	22.000.000	0	16.640.000	16.640.000	0
	121.500.000	131.469.249	9.969.249	82.470.000	86.474.955	4.004.955

Zu lfd. Nr. 2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Der Mehrbetrag von rd. 367.000 € resultiert aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen, die nur teilweise veranschlagt waren. Die unvollkommene Veranschlagung ist der Tatsache geschuldet, dass im Herbst 2008 für 2009 der erste doppelte Haushaltsplan erarbeitet wurde und nicht alle Grundlagen vorlagen. Gleiches gilt im Übrigen für die Abschreibungen.

Zu lfd. Nr. 7. Sonstige ordentliche Erträge

Festzustellen ist ein Mehrertrag von rd. 2,41 Mio. € der im Wesentlichen auf folgende vier Positionen zurückzuführen ist:

Tabelle 3)

Lfd.Nr.	Bezeichnung	Plan	Ergebnis
1	Veräußerung von Grundstücken	1.300.000	521.556
2	Verzinsung von Steuernachforderungen	425.000	970.368
3	Erträge aus Zuschreibungen	0	2.184.330
4	Erlöse aus der Auflösung /Herabsetzung der Pensionsrückstellung	216.000	683.737
Summe			

Zu 1. Grundstückserlöse

Entgegen den ursprünglichen Annahmen konnten – insbesondere verschiedene Gewerbegrundstücke – nicht zeitgerecht veräußert werden.

Zu 2. Verzinsung

Es handelt sich grundsätzlich um eine Vielzahl von Zinsforderungen an Gewerbebetrieb, die nach Festsetzungen des Finanzamtes für Vorjahre als Nebenforderung zu begleichen sind. Die gravierende Abweichung resultiert insbesondere aus Nachzahlungszinsen für 2002 in Höhe von 419.720 € durch einen großen Steuerzahler und eine weitere Forderung für eine höhere Festsetzung in 2003 in Höhe von 96.300 €.

Zu 3. Erträge aus Zuschreibungen

Aus Vereinfachungsgründen wird auf das – handelsrechtlich zutreffende – Buchungsmodell (Ausleihung zum Barwert und Bilanzierung eines Rechts) verzichtet. Es erfolgt deshalb gleichzeitig in Höhe der bilanzierten Belegungsrechte eine Abschreibung (vgl. auch lfd. Nr. 14/Tabelle 1) und in Höhe der bestehenden Forderung eine Zuschreibung.

Zu 4. Pensionsrückstellung

Zum Zeitpunkt der Planaufstellung war die Höhe der Herabsetzung der Pensionsrückstellung nicht bekannt. Eine Berechnung erfolgt erst im Jahr 2009.

Zu lfd. Nr. 11. Personalaufwendungen

Der Mehrbetrag von rd. 329.000 € resultiert in der Hauptsache auf gegenüber der Mittelplanung erhöhten Beiträgen zu Versorgungskassen der Beschäftigten und Beamten von zusammen 283.000 € sowie aus erhöhten Zuführungen zu den Rückstellungen (Pension/Beihilfe und Altersteilzeit) von rd. 350.000 €. Andererseits sind auch Minderausgaben in Höhe von rd. 300.000 € für Gehaltszahlungen einschl. Sozialversicherung etc. festzustellen.

Zu lfd. 13. Sonstige Sach- und Dienstleistungen

Insgesamt wurden bis Ende 2009 rd. 364.000 € der bereitgestellten Mittel von 10,337 Mio. € nicht verbraucht (allerdings sind 85.000 € als Ermächtigung/Haushaltsausgabereste in das Jahr 2010 übertragen worden). Auffällig ist, dass neben diversen kleineren Beträgen, rd. 293.000 € zusätzlich Zahlungen an den Bauhof für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens erforderlich waren. Dagegen wurden für die Bewirtschaftung der städt. Grundstücke (Reinigung/Energie etc.) rd. 446.000 € weniger als geplant eingesetzt.

Zu lfd. 14. Bilanzielle Abschreibungen

Die Abschreibungsaufwendungen weisen einen Mehraufwand von insgesamt 3.262.472 € aus. Der Planansatz von 4.244.200 € erhöhte sich auf 7.506.672 €.

Im Wesentlichen resultierte die Erhöhung aus der außerplanmäßigen Abschreibung der Wohnungsbelegungsrechte von 2.184.316 €. Belegungsrechte im Zusammenhang mit der Gewährung von unverzinslichen und unterverzinslichen Ausleihungen für den geförderten Wohnungsbau werden – nach Auskunft des Landesrechnungshofes – aus Vereinfachungsgründen nicht ausgewiesen. Der auf diese Grundlage vorgenommene Verzicht der Bilanzierung des Abzinsungsbetrages unter den immateriellen Vermögensgegenständen führt im Ergebnis dazu, dass die unverzinslichen und unterverzinslichen Ausleihungen mit Belegungsrechten statt mit dem Barwert jeweils mit dem Nominalwert ausgewiesen werden.

Aufgrund dessen werden die Wohnungsbelegungsrechte im Haushaltsjahr 2009 nicht mehr ausgewiesen und somit außerplanmäßig abgeschrieben.

Die übrigen Abweichungen resultieren aus der Einschätzung des Sachanlagevermögens der Eröffnungsbilanz. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des ersten doppelischen Haushaltsplanes waren noch nicht alle Vermögensgegenstände der Stadt erfasst und bewertet.

Zu lfd. 15. Transferaufwendungen

Obgleich durch die verbesserte Gewerbesteuereinnahme eine um 216.000 € erhöhte Gewerbesteuerumlage fällig war, wurden letztlich gegenüber dem Planansatz von 23,9 Mio. € rd. 223.000 € eingespart.

Zu lfd. 16. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Eine Vielzahl von Mehr- und insbesondere Minderaufwendungen führte zu dem Minderaufwand von insgesamt 855.000 €. Auffällig sind folgende Einzelpositionen:

Tabelle 4)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Ansatz	Ergebnis	Abweichung
1	Spezielle Geschäftsaufwendungen	927.953	710.686	-217.267
2	Wertveränderung bei Sachanlage	250.000	0	-250.000
3	Wertänderung bei Umlaufvermögen aus Niederschlagung	0	-473.462	-473.462
4	Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus Gewerbesteuer	0	384.163	384.163
5	Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus sonst. Erträgen	0	101.885	101.885
6	Zuführung zur FAG-Rückstellung	0	106.044	106.044
7	Auflösung von ARAP aus Invest. - Zuschüssen	300.000	0	-300.000
	Summe	1.477.953	829.316	-648.637

Zu lfd. Nr. 4) der Tabelle 4):

Die Höhe der EVB aus Gewerbesteuer ist nicht planbar. Insbesondere wirken sich 2009 aus:

- Die Niederschlagung einer Forderung aus 1997/1999 in Höhe von 184.400 €
- Die Insolvenz einer Firma mit einer Forderung von 63.100 €
- Der Erlass einer Forderungen einer weiteren Unternehmung in Höhe von 41.707 € und
- Eine unbefristete Niederschlagung in Höhe von 46.800 €.

B. Abschluss Finanzhaushalt 2009

Finanzrechnung Investitionen

Tabelle 5)

Einzahlungen				
Ifd. Nr.	Bezeichnung	Plan	Ergebnis	Differenz
1	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	1.266.300 €	325.081 €	-941.219 €
2	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	1.300.000 €	592.720 €	-707.280 €
3	Einzahlungen durch Veräußerung beweglichen Anlagevermögens	0 €	3.650 €	3.650 €
4	Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0 €	28.814 €	28.814 €
5	Einzahlungen aus Rückflüssen	36.400 €	42.916 €	6.516 €
6	Beiträge und Entgelte	415.000 €	176.831 €	-238.169 €
7	Sonstige Investitionseinzahlungen	50.000 €	1.112.358 €	1.062.358 €
Summe Einzahlungen		3.067.700 €	2.282.370 €	785.330 €
Auszahlungen				
Ifd. Nr.	Bezeichnung	Plan	Ergebnis	Differenz
1	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	568.700 €	189.655 €	-379.045 €
2	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.564.094 € 12.599.644	1.172.378 €	-391.716 € -4.601.297
3	Auszahlungen für Baumaßnahmen	€	7.998.347 €	€
4	Sonstige Investitionsauszahlungen	543.000 € 15.275.438	432.584 €	-110.416 € -5.482.474
Summe Auszahlungen		€	9.792.965 €	€

Vorbemerkung:

Es handelt sich um die Daten der Finanzrechnung 2009. Hinsichtlich der IST-Zahlen (Spalte 6 der Finanzrechnung) ist darauf hinzuweisen, dass die Konten insbes. im Hinblick zur Abstimmung mit der Anlagenbuchhaltung in 2013 umfangreich geprüft wurden und tlw. Korrekturbuchungen erforderlich waren und erfolgten. Diese konnten nur noch zahlungsneutral erfolgen, d. h. sind in der Finanzrechnung 2009 nicht mehr abbildbar. Umgebucht wurde im Bereich der Ergebniskonten bzw. investiver Bestandskonten. Insofern sind auch die Vergleichszahlen (Plan/IST, siehe Spalte 7 der Finanzrechnung) verändert. Die Gesamtsumme der Ein- und Auszahlungen veränderte sich allerdings nicht.

Allgemein

Die in der Haushaltssatzung 2009 vorgesehene Kreditermächtigung von 3.431.400 € wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Einzahlungen aus Ifd. Verwaltungstätigkeit belaufen sich auf 49.558.092,89 € und die Auszahlungen auf 47.493.517,15 €. Somit ergibt sich ein Saldo von 2.064.575,74 €.

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Den geplanten Einzahlungen in Höhe von 3,068 Mio. € stehen tatsächliche Einzahlungen in Höhe von 2,282 Mio. € gegenüber (./. 785 T€).

Zu Nr. 1/Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Insbes. konnten aufgrund des Baufortschritts die veranschlagten Zuwendungen für den Haltepunkt Nord noch nicht in geplanter Höhe abgerufen werden (./. 451.500 €). Die Maßnahmen mit Förderung nach dem Konjunkturprogramm des Bundes verschoben sich vollständig (- 393.800 €).

Zu Nr. 2/Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden

Insbesondere im Gewerbegebiet Beimoor-Süd wurden die Grundstückserlöse nicht in erwartetem Umfang realisiert.

Zu Nr. 6/Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten

Der Straßenausbau der Stormarnstraße, beendet August 2008, wurde 2009 nur hinsichtlich des 1. Bauabschnitts abgerechnet (./. 269.565 €). Ferner wurden Straßenausbaubeiträge für die Straßen Fannyhöh, Hamburger Straße (ohne Fahrbahn, weil Bundesstraße) und Lohe vereinnahmt.

Zu Nr. 7/Sonstige Investitionseinzahlungen

Veranschlagt waren nur Einzahlungen für eine Stellplatzrücklage, die realisiert sind. (Plan: 50.00 €/IST: 52.254 €). Die Abweichung von 1,062 Mio. € resultiert überwiegend aus der Forderung nach Rückzahlung von städtischem Eigenkapital durch die Stadtentwässerung, veranschlagt in Höhe von 1,0 Mio. € kameral im Plan 2008 (HHST 9100.3250). Die Zahlung erfolgte so spät, dass der Kassenrest zum Jahresbeginn 2009 vereinnahmt wurde (PSK 61200.1211000 – „Sondervermögen nach den Regelungen der Gemeindeverordnung“).

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu Nr. 1/Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Veranschlagt wurden 2009 Kosten für Grunderwerb im Stadtgebiet generell, für Grunderwerb im Gewerbegebiet Beimoor-Süd (Erwerb von Straßenflächen innerhalb des B-Plangebiets 82) und ferner Kosten für Ausgleichsflächen (Herstellung), Produkte 11145.55100. Die Mittel wurden 2009 nicht benötigt bzw. die Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen (B-Plangebiet 82).

Zu Nr. 2/ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelanschaffungen, insbesondere Büromöbel und eine Telefonanlage für das Rathaus (Kostenanteil rd. 332 T€), Schulmobiliar inkl. Ersteinrichtung nach Teilneubau an der Grundschule Am Schloß (insgesamt 413 T€) und die wesentlichen Anteile der Neubestuhlung in den Räumen Eduard-Söring-Saal und Alfred-Rust-Festsaal (rd. 150 T€), aber auch Anschaffungen für die Freiwilligen Feuerwehren und für Kitas sowie die Neumöblierung des Flurs der VHS.

Zu Nr. 3/Auszahlungen für Baumaßnahmen

Bei den Baumaßnahmen handelt es sich ebenfalls um eine Vielzahl von insbes. Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, die vielfach in Einzelkonten der Finanzrechnung detailliert bezeichnet sind. Planansatz und Entwicklung 2009 der Finanzrechnung sind diesen Konten somit detailliert zu entnehmen. Die wesentlichen Baumaßnahmen waren neben den als „Hochbau-, und Tiefbau- und Sonstigen Baumaßnahmen“ bezeichneten Maßnahmen 2009 die Gestaltung der Freiflächen Große Straße und der Neubau der Großen Straße Süd. Die wesentlichen Maßnahmen entwickelten sich 2009 wie folgt:

Konto	Produkt	Bezeichnung der Maßnahme	Planansatz Mio. €	IST Mio. €	Vergleich T€	Ermächtigung Folgejahr T€
7851000	21100	GS Am Schloss/Neubau - Teilbereich	1,216	0,865	-351	230
7851000	36515	Anbau Krippe an Kita Gartenholz	0,425	0,136	-289	200
7851002		Brandschutzmaßnahmen				
7851002	21105	GS Am Reesenbüttel	0,410	0,093	-317	300
7851002	21110	GS Am Hagen	0,210	0,032	-178	170
7851002	21115	GS Am Aalfang	0,170	0,114	-56	10
7851008	55110	Freifläche Große Straße	1,537	0,638	-899	432
7852000	54705	Haltepunkt Nord	2,650	2,39	-260	111
7852000	54100	Ausbau Heinz-Beusen-Stieg	0,170	0,165	-5	0
7852002	54120	Ausbau Große Str. Süd	1,013	0,891	-122	9
7852003	54110	Erschließung B-Plan 82	0,570	0,401	-169	108
7852004	54100	Neuausbau Moltkeallee	0,365	0,339	-26	0
7852006	54100	Neuausbau Kl.-Groth-Straße	0,305	0,062	-243	115
7853000	21105	Sportplatz GS Am Reesenb./ leichtathl. Anlagen	0,183	0,181	-2	0
7853000	21700/ 21820	Schulhof Schulzentrum	0,145	0,147	2	0
7853000	21810	IGS, ab 2011: SLG	0,415	0,344	-71	0
7853000	55105	Spielplatz Schäferweg/ öff.	0,125	0,122	-3	0
		Zwischensumme	9,909	6,920	-2.989	1.685
		insgesamt	12,560	7,998	-4.562	3.031
		Differenz	2,651	1,078	-1.573	1.346

Zu Nr. 4/Sonstige Investitionsauszahlungen

Im Wesentlichen sind Zuwendungen im Bereich der Sportförderung veranschlagt, konkret an den THC für die energetische Sanierung seiner Tennishalle (im Rahmen des Konjunktur-programms) und für den Neubau einer Schießsporthalle für die Schützengilde, nachdem die alte Halle infolge von Brandstiftung abgerissen werden musste. Vom Planansatz in Höhe von 543.000 € wurden 403.500 € allein an die Schützengilde gezahlt.

Liquide Mittel

Die liquiden Mittel wurden in der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 mit 13.644.352,86€ ausgewiesen. Zum 31.12.2009 haben sich die liquiden Mittel auf 6.939.822,66€ verringert. Eine positive Veränderung ist in der Zeitfolge festzustellen. Zum 31.12.2012 betrugen die liquiden Mittel wieder rd. 10,6 Mio. €.

Der Betrag von 6,9 Mio.€ zum 31.12.2009 setzt sich wie folgt zusammen:

Tabelle 5)

Nr.	Liquide Mittel	Betrag in €
1	Bankkontenbestände	5.963.916,60
2	Bausparguthaben	474.057,87
3	Unterwegs befindliche Gelder	492.968,71
4	Barkassenbestände	5.879,48
	Summe	6.936.822,66

Insgesamt haben sich die liquiden Mittel quasi halbiert und betragen zum 31.12.09 noch rd.6,9 Mio. €. Diesem Betrag sind die gebildeten Haushaltsreste mit rd.3,67 Mio. €.

C. Abschließende Betrachtung

Der Jahresabschluss 2009 kann erst Anfang 2014 vorgelegt werden. Damit wird die Zeitvorgabe des § 44 GemHVO-D/der GO S-H gravierend überschritten. Danach ist der Jahresabschluss des abgelaufenen Jahres bis zum 31.03. des Folgejahres vorzulegen. Der Grund dafür liegt darin begründet, dass der Zeitbedarf für die Vorbereitungen und die Umstellungen auf die Doppik einschließlich Aufstellung der Eröffnungsbilanz und der dann folgenden Jahresabschlüsse deutlich unterschätzt wurde. Deshalb haben die städtischen Gremien ein Budget für die externe Unterstützung zur Erstellung der noch offenen Jahresabschlüsse bereitgestellt.

Danach ist folgende Zeitplanung vorgesehen:

- Jahresabschluss 2010 bis Ende Mai 2014
- Jahresabschluss 2011 bis Ende November 2014
- Jahresabschluss 2012 bis Ende April 2015
- Jahresabschluss 2013 bis Ende August 2015
- Jahresabschluss 2014 bis Ende November 2015
- Jahresabschluss 2015 bis Ende März 2016

Trotz des Zeitablaufs und damit einer guten Kenntnis über die tatsächlichen Ergebnisse insbesondere der großen Ertrags- und Aufwandspositionen, lässt sich dennoch eine sichere Zukunftsprognose für die allgemeine Finanzlage nicht abgeben. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass sich über die Zeit bis Ende 2013 der Bestand der liquiden Mittel mit rd. 8,0 Mio. € stabilisiert hat. Dies obgleich die in den Vorjahren beschlossenen Kreditermächtigungen von zusammen 5,969 Mio. € nicht realisiert wurden. Zurückzuführen ist die positive Feststellung auf Mehrerträge der Gewerbe- und Einkommensteuer (vgl. Tabelle 2).

Allerdings sind den liquiden Mitteln von 8,0 Mio. € die Haushaltsausgabereste in Höhe von zusammen rd. 3,67 € entgegenzusetzen. Somit verbleibt ein Restbetrag von etwa 4,0 Mio. €. Nach der aktuellen Finanzplanung bis Ende 2017 werden die liquiden Mittel – abgesehen von einem Neukredit von 1,5 Mio. € in 2014, der aus anderen Gründen aufgenommen werden soll – ausreichen, um die Auszahlungen auszugleichen.

Der Schuldenstand der Gesamt-Stadt (einschl. Eigenbetrieb und Eigengesellschaften sowie ÖPP-Projekte) beträgt per 31.12.2009 30,62 Mio. € und Ende 2013 rd. 38 Mio. €.

Ahrensburg, 14.01.2014



Michael Sarach
Bürgermeister

